

Die Militärfrage

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfiicht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **12 (1917)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351337>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

kann, sie erträgt keine Einschränkung. Schon früher haben wir auf das Beispiel von Deutschland hingewiesen und tun es heute wieder durch die Aufnahme des nachfolgenden Artikels aus der letzten Nummer der „Gleichheit“ über die Stellung der Frauen in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dessen Ausführungen auch für unsere schweizerischen Verhältnisse durchaus maßgebend sind.

R. B.

Die Frauen in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Frage nach der Stellung und den Rechten der Genossinnen in der Organisation der geeinigten Opposition hat die Gothaer Konferenz beschäftigt. Die allgemeine Grundlage dafür — wie für die Organisation überhaupt — ist nach den zur Annahme gelangten „Grundlinien“ das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei. Die „Grundlinien“ setzen jedoch hinzu: „Die Parteigenossen sind verpflichtet, es in demokratischem Geiste anzuwenden, und besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben.“ Sache der Genossinnen muß es sein, dafür zu sorgen, daß diese Erklärung betreffs ihres eigenen Rechtes zu demokratischer Mitwirkung und Mitverantwortlichkeit kein toter Buchstabe bleibt. Es deckt sich mit den Bestimmungen des Organisationsstatuts, wenn die „Organisationsgrundlinien“ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei festlegen, daß dem mit der Zentralleitung beauftragten „Aktionskomitee“, ebenso der Bezirksleitung eine Genossin angehören muß.

Mit einer Bestimmung sind die „Grundlinien“ erheblich über das alte Statut hinausgegangen. Sie setzt einen Reichs-Frauenausschuß ein. „Die weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen werden als Frauen-Reichsausschuß nach Bedarf zusammenberufen, um die Maßnahmen zur Förderung der Frauenbewegung zu beraten und anzuregen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder sie beantragt.“ Die Neuerung entspricht dem „Kompromißantrag“, der von elf weiblichen Delegierten eingebracht wurde, da geringe Aussicht bestand, daß der weitergehende Antrag des zweiten Berliner Wahlkreises die Zustimmung der Konferenz finden würde. Dieser Antrag besagte: „Der Frauen-Reichsausschuß hat die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben. Die Genossinnen jedes Agitationsbezirkes wählen je eine Genossin in den Frauen-Reichsausschuß, der nach Bedarf zusammentritt. Der Frauen-Reichsausschuß wählt aus seiner Mitte eine Genossin, die die laufenden Arbeiten zu erledigen und in Verbindung mit den anderen Mitgliedern des Frauen-Reichsausschusses die Zusammenkünfte vorzubereiten hat. Die Vertreterin der Genossinnen im Aktionskomitee hat im Frauen-Reichsausschuß beratende Stimme.“ Der Berliner Vorschlag sah also für den Ausschuß sowohl eine breitere demokratische Grundlage vor wie auch ein selbständigeres Wirken.

Zu seiner Begründung, wie zu den zwei anderen Anträgen, daß den Bezirksleitungen und dem Aktionskomitee mindestens eine Genossin angehören müsse, führte Genossin Wurm aus: „Die Parteigenossinnen müssen überall mehr für die Sache des Sozialismus, für das Leben und die Aufgaben der Partei interessiert werden. Deshalb ist die Einsetzung eines Frauen-Reichsausschusses notwendig. Schon die Wahl ihrer Vertreterinnen zum Ausschuß erweckt ihr Interesse. Sie müssen sich mit den Einrichtungen und ihren Aufgaben beschäftigen, müssen sich darüber aussprechen, müssen entscheiden. Genossin Zetkin hält nach ihren Erfahrungen als internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen die Schaffung eines Frauen-Reichsausschusses nicht bloß für sehr nützlich, sondern für dringend nötig. Not-

wendig ist auch die Sicherung eines wirklich demokratischen Minderheitsrechtes, kraft dessen Genossinnen in alle Stellen der Parteiverwaltung kommen.

Der Kompromißantrag wurde, wie die Forderung der Frauenorganisation überhaupt, von Genossin Ziek folgendermaßen begründet: „Ich bin stolz und beglückt, daß die Frauen zur Opposition gehören. Die Belohnung dafür ist mir durch den Hinauswurf geworden. Ich habe die Hoffnung, daß die Forderungen der Frauen jetzt anders bewertet werden als in der alten Partei: denn immer und immer wieder sind meine Anträge im Parteivorstand aufgeschoben und abgelehnt worden. Als ich noch kurz vor dem Hinauswurf eine Agitation durch Herausgabe meiner kleinen Schrift anregte, da fand in drei Wochen keine Sitzung statt, die dazu Stellung nahm. Als ich eine Agitation für die „Gleichheit“ anregte, wurde diese abgelehnt mit der Begründung, so lange die „Gleichheit“ keine andere Haltung einnimmt als die jetzige, wünschen wir keine Agitation. Es wurde die Aufforderung an mich gestellt, Genossin Zetkin zuzureden, daß die „Gleichheit“ eine andere Haltung einnehme, jeder Abonnent, der der „Gleichheit“ verloren gehe, sei ein Gewinn. Ja, für die Partei allerdings! Deshalb wurden auch alle Anträge auf Frauenkonferenzen, Bezirkskonferenzen und Reichskonferenzen abgeschlagen. In der neuen Partei muß man anders handeln. Es sind schon allein Zweckmäßigkeitsgründe, die dazu zwingen. Die Hineinbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß hat unserm ganzen Wirtschaftsleben seinen Stempel aufgedrückt. Der Bereich der Frauen hat sich erweitert und sie der Arbeiterbewegung zugänglich gemacht. Unsere Pflicht ist es, sie zur weitgehenden Mitarbeit zuzulassen. Viele Frauen, die bis jetzt noch in der alten Partei organisiert sind, warten nur darauf, aufgerufen zu werden.“

In diesem Sinne um des lebendigen, vorwärtsdrängenden Geistes willen, der auf der Gothaer Tagung zum Ausdruck gelangte, können die Genossinnen vorderhand mit den Fortschritten zufrieden sein, die die Konferenz für ihre Stellung und Bewegungsfreiheit gebracht hat. Die größere Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der Genossinnen im Rahmen der neuen Organisation kann außer den hervorgehobenen guten Wirkungen noch eine sehr wichtige Folge herbeiführen. Sie ermöglicht es, daß alle Genossinnen, ohne Unterschied der Richtung, sich zu gemeinsamen Aktionen für Frauenrecht und Frauenrecht zusammenfinden. Bei Getrenntmarschieren läßt sich ein Vereintschlagen verwirklichen. Sie dürfen nicht nach oben schauend hoffen und harren, sie müssen denken, fordern, handeln. Selbst ist nicht nur der Mann, selbst muß auch die Frau sein. („Gleichheit.“)

Die Militärfrage.

„Wir sind doch keine Wiederkäufer, daß man uns in jeder Nummer der „Vorkämpferin“ die gleiche Frage wieder und wieder zur Verdauung vorlegt,“ mögen vielleicht die einen oder andern sagen, die da meinen, weil sie eine Lösung gefunden haben, sie müsse nun unbedingt auch für alle andern die absolut richtige und einzige, unumstößliche Lösung geworden sein.

Wir müssen damit rechnen, daß schon oft und in reicher Anzahl Lösungen und Losungen gerade in dieser Frage ausgegeben wurden von unserer Partei, die wieder revidiert wurden. Man muß sich daher nicht wundern, wenn von der einen oder andern Seite Zweifel und Bedenken aufsteigen, ob die nun von dem Parteivorstand mit Mehrheit empfohlenen die wirklich besten und richtigsten seien. Haupt-sächlich für jene, die keine Lust und vor allem auch keine Zeit und keine Möglichkeit haben, sich einigend mit theoretischen Auseinandersetzungen zu befassen, für die scheint es oft schwer, sich in dem Labyrinth von Anträgen zurechtzufinden. Entweder geben sie sich mit der kürzesten und scheinbar klarsten Lösung und Lösung zufrieden, ohne sich über

die daraus resultierenden Folgen für die Partei in ihrer ganzen Tragweite klar zu werden oder sie überlassen es im blinden Vertrauen diesen oder jenen Parteiführern, die ihnen aus dem einen oder andern Grunde sympathisch sind, für sie zu denken und das Beste herauszufinden; sie geben dann rein gefühlsmäßig, ohne ihr Hirn besonders anzufragen, ihre Stimme dieser oder jener Person und nicht, um der Sache willen, ab. Darum spielten ja leider in der ganzen Diskussion sehr oft rein persönliche Angriffe und rein persönliches Auf- und Schilderheben eine große Rolle. Nicht Personen-, sondern Sachfragen sollen bei uns erörtert werden. Nicht weil dieser oder jener Funktionär oder diese oder jene Parteigröße auf einem bestimmten Standpunkt, auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung steht, müssen wir uns auch auf diesen begeben, sondern ausschlaggebend sollte unser proletarisches Empfinden, geläutert durch unsere sozialistische Erkenntnis, sein.

Nun haben die Welschen, die sozialdemokratische Partei des Kantons Neuenburg, die Parole ausgegeben: „Keinen Mann und keinen Groschen für den Militarismus.“ Die sozialdemokratische Jugendorganisation stellte Ostern 1916 die Forderung auf „Entwaffnung“ und dann in der Folge Demobilisation und Dienstverweigerung; auf der andern Seite riefen die Anhänger der Vaterlandsverteidigung: Was, ihr wollt in der Stunde der Gefahr das Vaterland, unsere Demokratie, wehrlos machen? Die sozialdemokratische Jugendorganisation ließ dann bald ihre Forderung der Entwaffnung fallen und erklärte, es sei eine vorübergehende Krankheitsercheinung gewesen, wenn sie jeden, der nicht sofort darauf geschworen, als Verräter am Sozialismus erklärte; auch von der Dienstverweigerung wollten sie nichts mehr wissen; der Sekretär der sozialdemokratischen Jugendorganisation hatte im „Volksrecht“ eine Publikation erlassen, in der er des entschiedensten dagegen protestiert, daß er je für die Dienstverweigerung Propaganda gemacht habe. Man wird es jenen nicht verargen können, die solchen Losungen gegenüber in Zukunft etwas mißtrauisch gegenüberstehen und nicht sofort darauf hineinfallen.

Was würde nun aber die Annahme der Parole der Neuenburger durch die Partei bedeuten? Auf den ersten Blick mag sie verblüffen und als die radikalste und klarste Lösung erscheinen. Die Folgen: Siehen sie Dienstverweigerung oder Demobilisation? Müßten auch alle Arbeiter, die in irgend einer Beziehung zum Militär stehen, ihren Dienst künden, ebenso alle Arbeiterinnen? Die Munitionsarbeiter und -Arbeiterinnen, die Militärschneider und -Schneiderinnen und schließlich auch die, die das Militär mit andern Bedarfsartikeln und Lebensmitteln versehen, auch alle die Frauen, die in Abwesenheit ihrer Männer für die Aufrechterhaltung von Ordnung und für die Ernährung der Familie sorgen? Dürften für die Wehrmannsunterstützungen, die Frauen und Kinder der unbemittelten Wehrmänner auch keine Groschen mehr ausgegeben werden? Müßten die Kranken Soldaten in den schlechtesten, ungesundesten Lokalen untergebracht und würde ihrem Zustand keine Rechnung getragen werden? So klar ist also die Losung der Neuenburger nicht; denn einer ihrer besten und eifrigsten Vertreter im Nationalrat, Genosse Graber, hatte doch die Forderung der Erhöhung der militärischen Notunterstützung verlangt und die Partei hat ihn unterstützt; es würde kaum verstanden von der Arbeiterschaft, wenn künftig all das von der Partei negiert würde; denn wir müssen uns mit jedem Beschluß nach dem Endziel orientieren: Was uns diesem näher bringt, das unterstützen, was uns von ihm entfernt, bekämpfen. Kriegskredite und Militärkredite müssen aus diesem Grunde abgelehnt werden und ein Burgfriede mit der Regierung der herrschenden Klasse kann nicht eingegangen werden, das Proletariat darf auf den Klassenkampf nicht verzichten. Die Aktionen aber wie Dienstverweigerung, Demobilisation, Militärstreiks werden durch das vorhandene Kräfteverhältnis der Partei bestimmt. Die geistige Vorbereitung durch Propaganda

kann sie aber heute schon treffen. Wann aber diese Mittel angewendet werden, das ist eine Frage der Taktik.

Die Anhänger der Vaterlandsverteidigung freilich kommen und lachen: „O je, diese Antimilitaristen, die da die Vaterlandsverteidigung ablehnen wollen, die sind eigentlich gar nicht so revolutionär, wie sie sich gebärden, sie sind absolut nicht zu fürchten; denn ihre Ablehnung ist vorläufig nur graue Theorie!“ und dabei wagen sie sogar zu behaupten, das habe mit dem Sozialismus gar nichts zu tun. Als ob nicht auch der wissenschaftliche Sozialismus vorerst auch nur Theorie wäre, als ob wir nicht immer zuerst ein gemeinsames Prinzip aufstellen müßten, das erst in der Zukunft verwirklicht werden kann.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der Sozialismus nicht in einem Lande allein verwirklicht werden kann, weil die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Beziehungen aller Länder sehr eng miteinander verknüpft sind. Das zeigt uns am deutlichsten der seinem Wesen nach imperialistische Weltkrieg. Grundlage des Sozialismus ist die Verbrüderung der Proletarier aller Länder. Das gilt nun auch für die Abwehrmittel gegen den Krieg. Auch hier muß die internationale Lage des Proletariats in Betracht gezogen werden. Es sollte jedem einleuchten, daß im Kampf gegen den Krieg und die Kriegsgefahr nicht nur ein Teil, nicht nur die Sozialdemokraten eines Landes, kampfbereit und entschlossen sein müssen, alles dranzusetzen, um den Ausbruch zu verhindern oder für die sofortige Beendigung zu wirken, sondern daß die Entschlossenheit und der Wille der Proletarier aller beteiligten Länder in Erwägung gezogen werden muß. Am deutlichsten beweist das die russische Revolution. So anerfennenswert und wertvoll die Folgen für Rußland selbst sind, wirklich befreiend und für Beendigung des Krieges werden erst die nachfolgenden Revolutionen in den andern Ländern zusammen wirken. Folgen sie nicht, verharren die andern Völker in starrer Resignation bis zum letzten Todesringen, dann fielen auch die Opfer der russischen Revolution umsonst. Nicht die Parteifunktionäre, die Delegierten sollen irgendwo zusammenkommen und beschließen, an dem und dem Tag beginnt um die und die Stunde die Revolution, sondern umgekehrt, die Parteien haben zu der nun wichtigsten Frage der Zustimmung oder Ablehnung der Vaterlandsverteidigung und der Verschärfung des Klassenkampfes Stellung zu nehmen. Nicht abzuwarten gilt es, bis die neue Internationale nach dem Krieg den Sektionen „den Kampf gegen Krieg und Militarismus in allgemeiner, für alle ihr angeschlossenen Parteien und Organisationen verbindlicher Weise festsetzt“, sondern der Kampf der Sektionen, der entschiedene Wille und die Entschlossenheit der Sektionen muß für die neue Internationale Richtschnur und Wegweiser sein, nicht von oben soll das Kommando kommen, sondern umgekehrt, die der neuen Internationale angeschlossenen Parteien bringen dieser den Gesamtwillen zur Kenntnis. Gewiß wird die gegenseitige Rücksichtnahme, die Wahl der Kampfmittel beeinflussen, die Einheitlichkeit der Aktion, ihre Gemeinsamkeit und die Internationalität stärken. Nur wenn die Mittel zum entschlossenen äußersten Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Beteiligung des Landes an jedem Kriege aus dem vorhandenen Kräfteverhältnis und international aus der historisch gegebenen Situation durch die Partei entschieden werden, kann eine unnütze Verschwendung der Kräfte vermieden werden.

So ist bis heute der Kampf auch national und in den Gewerkschaften geführt worden. Es wäre zum Beispiel der herrschenden Klasse sehr angenehm gewesen, wenn die Arbeiterschaft samt Frauen und Kindern am 3. September 1916 oder am 1. Mai 1917 den scharfen Kampf aufgenommen, sich vor die Gewehrläufe gestellt hätte. Alle einsichtigen Genossen hätten die historisch gegebene Situation in Berechnung gezogen und erwogen, daß, wenn Opfer fallen, dann doch die Forderung und der Erfolg dementsprechend sein müßten. Auch vor dem Eintritt in Wahlkämpfe wird

die Situation abgewogen und im gewerkschaftlichen Kampf erst recht. Keine Gewerkschaft wird bei flauem Geschäftsgang in eine Lohnbewegung eintreten, oder wenn sie erst wenig Mitglieder und wenig Mittel hat, einen Streik durchführen wollen.

Die Hauptsache ist und bleibt, daß man sich über die Mittel klar werde; aber daß nicht ein paar Führer und nicht nur ein paar Sekretäre über die Mittel entscheiden, sondern die Masse selbst, die dann die Verantwortung und die Folgen auf sich zu nehmen hat.

Der Militarismus tritt uns überall auf Schritt und Tritt entgegen, und deshalb sollen nicht nur die sozialdemokratischen Vertreter im Nationalrat die Mittel zur Landesverteidigung ablehnen und gegen die militärischen Forderungen stimmen, sondern auch in Schule und im Elternhaus muß der Kampf gegen den Militarismus aufgenommen werden; überall im wirtschaftlichen und politischen Kampf müssen die Massen diesen Kampf führen. Erst dann, wenn jeder Parteigenosse und jede Parteigenossin solche Fragen ganz durchstudiert, ganz durchdenkt in allen Einzelheiten und allen Konsequenzen, dann werden sie erkennen, daß auch der Kampf gegen den Militarismus und Krieg ein Teil des allgemeinen Klassenkampfes ist, den jeder und jede nicht nur in diesem, sondern in jedem Lande zu führen, bereitet und gewillt sein muß. Erst wenn jeder Klassenbewußte Arbeiter und jede Arbeiterin, die erfüllt von Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Arbeitsbrüdern und -schwestern aller Nationen, unbekümmert um Herkunft und Geschlecht, sich durchringt zur klaren Erkenntnis, die zur entschlossenen Tat drängt, erst dann kann von einheitlichen Massenaktionen die Rede sein.

Der Zweck dieser kleinen Besprechung kann nicht der sein, dich überreden zu wollen, liebe Genossin! Du wirst aus den Tatsachen selbst, wie sie der Krieg uns allen täglich zeigt, aus den Erscheinungen, die du auch bei uns in der Demokratie überall wahrnehmen kannst, wenn du mit offenen Augen, guten Ohren und einem warmen Herzen teilnimmst an den Leiden und Sorgen deiner Mitbrüder und Mitgeschwestern, aus den Argumenten, die nun schon öfter in der „Vorkämpferin“ zu dieser Frage gegeben wurden, selbst zu einem Entschluß kommen, der nicht nur für dich, sondern für unsere Partei, für das ganze Proletariat von größter Wichtigkeit ist. —ob—

Die Notlage der Arbeiterschaft.

An der vom Arbeiterinnensekretariat veranstalteten überaus gut besuchten Frauenkonferenz in Norschach vom 29. April fand nach zwei einleitenden, gut vorbereiteten Referaten von Genossinnen über die Bedeutung der Organisation und die Forderung: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn, eine lebhaft ausgeführte Sprache über die Notlage der Arbeiterschaft und deren Abhilfe statt.

Die Gemeinderäte scheinen an den einzelnen Orten ganz verschiedene Meinungen über die Abgabe der billigen vom Bund den Kantonen und von diesen den Gemeinden zugeteilten Lebensmittel zu haben. In Herisau komme es vor, wurde berichtet, daß solche, die Wehrmannsunterstützung beziehen, die vollen Lebensmittelpreise bezahlen müssen. In Uzwil dagegen sind es gerade in erster Linie die Unterstützten, die zum Bezuge der billigen Lebensmittel berechtigt sind.

Eine Genossin aus Arbon erzählte: Da mein Mann krank und der älteste Sohn im Militär ist, habe ich ein Gesuch um Wehrmannsunterstützung eingereicht. Für mich und mein Kind wurden die üblichen Fr. 2.70 festgesetzt. Die ersten vierzehn Tage erhielt ich den vollen Betrag, dann nur noch 2 Fr., weil ich daneben noch etwas verdiene. Denn, würde ich nicht dem Putzen und Waschen nachgehen, so müßten wir bei der schmalen Kost einfach verhungern. Es langt mit meiner Arbeit nicht einmal zum Allernotwendigsten.

Was aber geschah! Die Woche darauf erhielt ich den Staatssteuerzettel. Ich nicht faul, machte mich auf die Beine zum „arbeiterfreundlichen“ Gemeinderat und erklärte ihm, die Steuer wäre ja schon bezahlt und dazu noch viel zu hoch. Man hätte sie mir zum Voraus von der Unterstützung abgezogen. Der Herr hatte es darauf eilig, mir den Steuerzettel ohne Bezahlung zu quittieren. Offenbar war es ihm in meiner Nähe etwas unheimlich geworden, denn am Mundwerk und am — nötigen Verstand fehlt es mir noch lange nicht.

Einer anderen anwesenden Genossin, die kränzlich ist, wurden für die Ausfertigung eines schriftlichen Ausweises zur Bezugnahme von Griß 2 Fr. Schreibgebühren verrechnet. Das Kilo Griß, das man ihr abgab, kam so statt auf Fr. 1.44 auf Fr. 3.44 zu stehen. Ein teures „Mues“.

Wie die Hamsterei blüht und gelegentlich an den Tag kommt, erzählte ein Stickerfrauekt aus Herisau. Auf der Suche nach Kartoffeln wurde auch dem Keller eines Vizehauptmanns ein Besuch abgestattet. Und siehe da, die vorzügliche Frau Vizehauptmannin hatte einen ganzen Zentner eingefottene Butter dort unten am kühlen, dunklen Ort verwahrt. — Einer Weihnäherin verrieten geschwätzige Kundinnen: Uns drückt keine Not, wir haben uns gut versorgt mit Fett, Butter und Dauertwurfwaren. Eine der Herrendamen meinte: Das war auch notwendig. Denn ich brauche mindestens ½ Pfund Butter allein nur mittags für das Essen. Die Arbeiterin, die Proletariermutter, aber erhält für die ganze Woche kaum ein halbes Pfund Schmalz.

Tiefen Unwillen erregte die Zurückhaltung der Milchabgabe vor dem 1. Mai, vor dem sechs- und siebenrappigen Preisausschlag. Eine Arbeiterin klagte bitter darüber, daß sie für ihre Familie mit den sechs kleinen Kindern täglich nur 1½ Liter Milch erhalte.

Noch viele bewegliche Klagen wurden vorgebracht. Alle waren drastische Beispiele dafür, wie die Notlage der Arbeiterschaft von den Besitzenden, den Kapitalisten und Großbauern, ausgenützt wird zur privaten Bereicherung.

Wie dann die Norschacher Genossinnen von ihren immerhin noch bescheidenen Erfolgen der Selbsthilfe sprachen, leuchtete es in manchem Auge kampfesfroh auf. Die dort aus Männern und Frauen zusammengesetzte Notstandskommission müht sich eifrig um die gemeindliche Abgabe noch weiterer billiger Lebensmittel als nur Reis, Mais und Zucker. Bereits ist es gelungen, den Milchpreis um einen Rappen, von 33 auf 32, herabzusetzen. Ebenso wurde der Gaspreis um einen Rappen vermindert. Neben billigerer Milch und billigerem Brot werden von der Gemeinde Teigwaren, Gerste, Hafersflocken, Bohnen, Kastanien an die Notleidenden zu reduzierten Preisen abgegeben. Außerdem wurde eine Besserstellung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Militärschneiderei angestrebt. In Eingaben an die Bundesbehörden wurden die Hungerlöhne nachgewiesen. In gleicher Weise wirkte das Arbeiterinnensekretariat. Alle diese Bemühungen, sowie die Konferenz vom 27. März in Bern von Mitgliedern der schweizerischen Notstandskommission, des Arbeiterinnensekretariates und anderer Vertreter der Arbeiterschaft mit dem Industriesdepartement führten zu teilweise recht namhaften Lohnerhöhungen.

Diese kleinen Erfolge aber müssen uns Arbeiterinnen anspornen zu noch kräftigerer Abwehr der Ausbeutungsgeilüste der großen und kleinen modernen Raubritter, dieser kapitalistischen Wucherer- und Hamsterejunkte. M. H.

Frauenstimmrecht.

Das Aktionskomitee sozialdemokratischer Frauen des Kantons Bern hat in seiner Sitzung vom 11. Mai die Frage des Frauenstimmrechts behandelt. Obwohl das Gemeindegesetz auf der Traktandenliste der Majorität des Großen Rates figuriert, ist es doch höchst unwahrschein-